

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Susanne Victoria Schütz, Björn Försterling und Sylvia Bruns (FDP)

„Forschungsfertigung Batteriezelle“

Anfrage der Abgeordneten Susanne Victoria Schütz, Björn Försterling und Sylvia Bruns (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 29.07.2019

„Die Fähigkeit, elektrische Energie speichern zu können, wird immer wichtiger“, sagte Bundesministerin Anja Karliczek am 28. Juni 2019 auf der Pressekonferenz zur Standortvergabe der „Forschungsfertigung Batteriezelle“. Bei dem Engagement der Bundesregierung gehe es darum, die Einstiegshürden für Kosten und Entwicklung zu senken, um einen starken Wirtschaftszweig in Deutschland aufzubauen. Das Dachkonzept „Forschungsfabrik Batterie“ solle dabei den Transfer der Forschungsergebnisse in die Industrie verbessern. Die Errichtung der Forschungsfertigung bilde den Schlussabschnitt der Förderungsanstrengungen des Bundes in diesem Bereich (<https://www.bmbf.de/de/batterieforschung-in-deutschland---potenziale-fuer-vielfaeltige-anwendungen-nutzen-662.html>).

Niedersachsen verfügt mit dem interdisziplinären Team der Battery LabFactory der TU Braunschweig schon jetzt über innovative Batterieforschung, die „die gesamte Wertschöpfungskette von der Entwicklung bis zum Recycling zukünftiger Energiespeichergenerationen im Pilotmaßstab abbildet“. Als Standort für die geplante „Forschungsfertigung Batteriezelle“ im Land Niedersachsen hat das Ministerium für Wissenschaft und Kultur, u. a. auch aus strukturpolitischen Gründen, Salzgitter vorgeschlagen (<https://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/niedersachsen-reicht-bewerbung-fuer-batteriezellen-forschungsfabrik-ein-177150.html>).

Trotz der „Kompetenz der TU“ Braunschweig im Bereich der Energiespeicherung und der schon bestehenden Elektromobilitäts- und Batterieforschung im Niedersächsischen Forschungsprofil ging der Zuschlag für die Bundesinitiative zur Batterieforschung nicht nach Niedersachsen. Hauptstandort der „Forschungsfertigung Batteriezelle“ wird das westfälische Münster (<https://www.waz-online.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Niedersachsen-bewirbt-sich-um-fuer-Batterieforschung>; https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Batterie-For-schungsfabrik-Absage-fuer-Salzgitter,batteriefabrik132.html).

Begründet wird die Entscheidung für den Standort Münster vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dessen Konzept, welches „einen überzeugenden und rechtlich realisierbaren Ansatz, wie die testweise produzierten Batterien optimal genutzt und nach der Nutzungsphase über ein Recycling-System wiederverwertet werden können“ enthält. Strukturpolitische Überlegungen seien in diese Entscheidung nicht eingeflossen (<https://www.bmbf.de/de/batterieforschung-in-deutschland---potenziale-fuer-vielfaeltige-anwendungen-nutzen-662.html>).

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung des BMBF, den Zuschlag für die Bundesinitiative Münster zu erteilen?
2. Mit welchem Konzept hat sich das Land Niedersachsen um die Bundesinitiative beworben (bitte gegebenenfalls den eingereichten Antrag als Anlage beifügen)?
3. Welche Kofinanzierung bzw. finanzielle Beteiligung hat das Land Niedersachsen im Rahmen der Bundesinitiative in Aussicht gestellt? Wie sollen diese gegebenenfalls eingeplanten Mittel nunmehr verwendet werden?
4. Wie förderte das Land Niedersachsen in den vergangenen fünf Jahren Projekte oder Institutionen im Bereich der Batterieforschung (inklusive Recycling) (bitte nach Summe, Empfänger und fördernder Institution aufschlüsseln)?

- 5., An welchen der vom BMBF und BMWi im Rahmen der Batterieforschung (inklusive Recycling) initiierten Förderungen konnten Institutionen, Projekte oder Firmen in Niedersachsen bisher in welchem Umfang teilhaben (bitte nach Summe, Empfänger und fördernder Institution aufschlüsseln)?
6. Wie erklärt die Landesregierung, dass die schon vorhandenen Forschungen zum Recycling zukünftiger Energiespeichergenerationen im Pilotmaßstab nicht zur Vergabe des Standortes nach Niedersachsen führten, obwohl dieser Themenbereich im Konzept von Münster als ausschlaggebendes Element für die Vergabe gewertet wurde?